



NEOSLAB

VOLLE ENERGIE

für niedrigere Preise
in Oberösterreich

VOLLE ENERGIE FÜR NIEDRIGERE PREISE IN OBERÖSTERREICH

Warum sich günstigere Energie in Oberösterreich doppelt rechnet, und welche Reformen dafür nötig sind.

ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

- **Standortrisiko Energiepreise:** Oberösterreich leidet als Industriebundesland deutlich unter den höheren Energiepreisen. Unternehmen verschieben Investitionen oder schaffen neue Arbeitsplätze lieber an anderen Standorten – es besteht also akuter Handlungsbedarf für eine wettbewerbsfähige Industrie und sichere Arbeitsplätze. Energiepolitik rechnet sich aktuell doppelt: Sie sichert die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und verhindert weiter stark steigende Lohnkosten aufgrund hoher Inflationsabgeltung.
- **Schwacher Wettbewerb:** Der Energiemarkt in Oberösterreich ist geprägt von Marktmacht und mangelnder Transparenz. Verbraucher:innen und Unternehmen zahlen dafür extra, profitierten zuletzt aber kaum von Preisreduktionen – mehr Wettbewerb statt (teil)staatlicher Monopolbildung ist das Gebot der Stunde. Ein besser funktionierender Wettbewerb kann einen Haushalt in Oberösterreich mit durchschnittlich rund 322 Euro pro Jahr entlasten. So groß ist der Abstand der Hauptprodukte für Gas und Strom der Energie AG vom durchschnittlichen Neukundenprodukt auf dem Markt.
- **Netzausbau und Versorgungssicherheit gefährdet:** Der Ausbau der Stromnetze hinkt stark hinterher, was bereits zu Engpässen und hohen Zusatzkosten führt – beschleunigte Verfahren und Investitionen in Netzmodernisierung sind die essenzielle Grundlage für die Energiewende. Dafür braucht es aber den Mut zu mehr Effizienz bei den Netzbetreibern.

- **Reform der Netztarife:** Aktuell treiben vor allem auch die gestiegenen Netzkosten die Energiepreise; eine Reform der Ermittlung der Netztarife wäre nötig, um die Lasten des Netzausbaus fairer zu verteilen.
- **Strategische Reformen nötig:** Neben kurzfristiger Entlastung braucht es langfristig einen klaren Plan zur nachhaltigen Energieproduktion, verstärkten Einsatz von dezentralen Energiegemeinschaften, etwa einen strategischen gemeinsamen Energieeinkauf sowie ein effektives Ausnützen von EU-Mitteln und -Förderprogrammen.

TEURE ENERGIE SCHAFFT VIELE PROBLEME

Ein Vergleich der Strom- und Gaspreise zeigt, dass österreichische Unternehmen und Kund:innen deutlich höhere Energiekosten tragen als ihre Konkurrenten in den USA oder China.

Tatsächlich kostet Strom in der EU etwa zwei- bis dreimal mehr als in den USA, Erdgas sogar vier- bis fünfmal so viel – ein massiver Wettbewerbsnachteil für die heimische Industrie.¹ Diese Kostennachteile belasten insbesondere die energieintensive Industrie in Oberösterreich und mindern die Wettbewerbsfähigkeit der Region.

Explodierende Energiekosten haben zudem die **Inflation** angetrieben und auch für Lohn-Preis-Spiralen gesorgt. Insbesondere in Österreich sind die hohen Energiepreise nun auch in höhere Löhne gemündet. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Industrie ist damit gefährdet; Umfragen zeigen, dass insbesondere Industrieunternehmen noch immer trüb in die Zukunft blicken.² Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie ist seit 2022 in Österreich rückläufig.

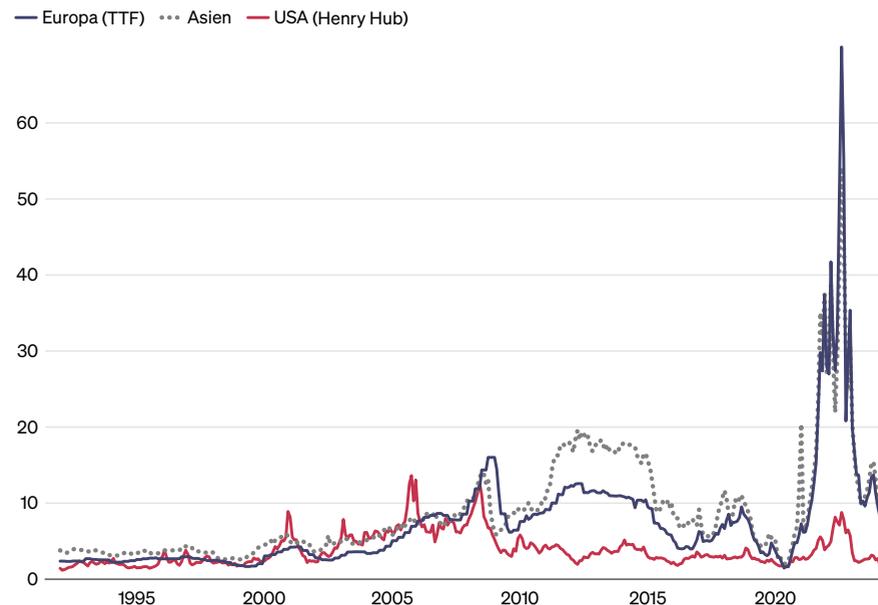
Energiepolitik ist somit unmittelbar Standortpolitik: Energiepreise und Versorgungssicherheit sind im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit ein entscheidender Faktor. Da hohe Energiepreise die Inflation treiben und damit auch hohe Lohnabschlüsse nach sich ziehen, rechnet sich eine vernünftige Energiepolitik gleich mit einer doppelten Dividende. Damit ist gute Energiepolitik auch gute Standortpolitik. Eine leistbare und stabile Energieversorgung ist essenziell, um Deindustrialisierungstendenzen entgegenzuwirken und Arbeitsplätze zu sichern.

¹ Köppl-Turyna (2024).

² Vgl. WIFO (2025).

Europas Gaspreis bleibt 3 Mal so hoch wie in den USA

Preise in US-Dollar je mmBTU*



*million British thermal units = 26,4 Standard Kubikmeter Gas, basierend auf einem Energieinhalt von 40 Megajoule/m³

Quelle: IMF Primary Commodity Index.

Gleichzeitig steht Österreich vor der Aufgabe, seine ambitionierten **Klimaziele** zu erreichen und die Energiewende auch in Zeiten klammer Budgets erfolgreich umzusetzen. Die Abkehr von fossilen Importen hin zu in Österreich produzierter erneuerbarer Energie bietet eine doppelte Chance: langfristig die Preise zu senken und unabhängiger bei den Importen zu werden.

Industriestandort Oberösterreich

Oberösterreich als Industrie- und Technologiestandort spielt für das Gelingen allerdings eine zentrale Rolle: Kein anderes Bundesland ist so stark auf Importe von Gas für die Industrieproduktion angewiesen.

Zwar liegt Oberösterreich bei der absoluten installierten Leistung und der Erzeugung aus Photovoltaik mit Niederösterreich und der Steiermark im österreichischen Spitzenfeld.³ Allerdings wurde der Ausbau der **Windkraft** in der Region die längste Zeit vernachlässigt – lange Verfahren und ein insgesamt schleppender Ausbau haben sich zu einem Standortnachteil entwickelt. 2023 hatte Niederösterreich etwa 40-mal so viel installierte Windkraft-Leistung wie Oberösterreich.

Dass bis 2030 österreichweit bilanziell der gesamte Stromverbrauch aus Erneuerbaren gedeckt werden soll, fordert insbesondere in einem industriestarken Bundesland wie Oberösterreich enorme Anstrengungen beim **Netzausbau** und der Speicherinfrastruktur. Denn die heimische Produktion von Energie ist gerade in Zeiten unsicherer Lieferketten und geopolitischer Umwälzungen wichtig. Sie setzt aber voraus, dass die Infrastruktur auch damit umgehen kann, wenn mehr Energie dezentral und tagesabhängiger produziert wird, etwa über Wind und PV-Anlagen.

Erste Engpässe zeichnen sich schon heute ab: Zahlreiche **Umspannwerke**, insbesondere im ländlichen Raum, befinden sich an ihrer Auslastungsgrenze. Ohne raschen Netzausbau könnten solche Engpässe die Zuverlässigkeit der Stromversorgung gefährden und den weiteren Ausbau von Photovoltaik & Co. ausbremsen – größere erneuerbare Anlagen könnten dann nicht ans Netz, weil regionale Kapazitäten fehlen. Zudem treiben fehlende Netzkapazitäten die Kosten: Wenn etwa PV-Anlagen abgeregelt werden müssen oder teurer Ausgleichsstrom beschafft wird, zahlen letztlich Verbraucher:innen die Zeche. Kurz: **Eine leistbare, wettbewerbsfähige und klimaverträgliche Energieversorgung** ist Grundvoraussetzung dafür, dass Oberösterreich leistbare Energie produziert, wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleibt und gleichzeitig seinen Beitrag zur Klimawende leistet.

³ Energie-Dashboard, BMK.

ZU LANGE ZUGESCHAUT: DIE HERAUSFORDERUNGEN IN OBERÖSTERREICH

Oberösterreich hat bei der Energiepolitik zu lange wichtige Weichenstellungen verpasst. Die stark fragmentierte Netzinfrastruktur, der stockende Ausbau erneuerbarer Energien und der fehlende Wettbewerb sind keine neuen Probleme, wurden aber viele Jahre lang ignoriert.

Das hat dazu beigetragen, dass die Energiepreise heute auf einem Niveau sind, das Haushalte belastet und die Industrie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit bedroht. Ohne rasche Gegenmaßnahmen droht Deindustrialisierung, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich enorme Folgen hätte. Eine Reihe von Herausforderungen gilt es daher anzugehen:

1. Hohe Energiepreise und geringer Wettbewerb:

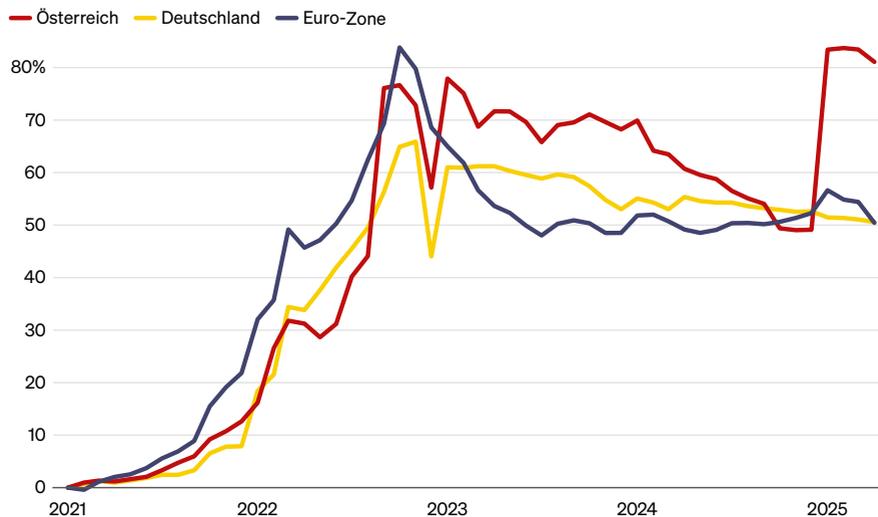
Österreichs Strom- und Gaspreise für Haushalte und Betriebe liegen seit Jahren über dem EU-Schnitt. Im zweiten Halbjahr 2024 zahlten österreichische Haushalte rund 0,2678 €/kWh Strom, während es in Dänemark nur etwa 0,1928 €/kWh waren – pro Haushalt eine Mehrbelastung von ~260 Euro jährlich. Noch gravierender sind die Unterschiede im globalen Vergleich für die Industrie (siehe oben). Als Ursache identifizieren Expert:innen neben globalen Faktoren auch hausgemachte Probleme: Der heimische Strom- und Gasmarkt wird von teilstaatlichen Versorgern (Verbund, Landesenergiegesellschaften) dominiert, welche über historisch gewachsene Verflechtungen eng miteinander verbunden sind. Diese Marktstruktur hemmt den Wettbewerb – die Bundeswettbewerbsbehörde spricht von „**keiner Wettbewerbsstradition**“ und **hoher Marktmacht** bis hin zu quasi monopolartigen Strukturen in regionalen Strom- und Gasnetzgebieten. So kommen etwa in Westösterreich lokale Landesversorger auf über 90 Prozent Marktanteil, in Vorarlberg gar auf ~97 Prozent.

Doch auch Verbraucher:innen sind gefordert: Mehr als die Hälfte der privaten Strom- und Gaskund:innen in Österreich hat **noch nie den Anbieter gewechselt**. Selbst 2023 – trotz extremer Energiepreisdifferenzen als Anreiz – lag die Wechselrate in Oberösterreich bei nur ~3,2 Prozent (zum Vergleich Niederösterreich: ~10 %). Diese **träge Wechselkultur** und die Intransparenz vieler Tarife (etwa durch schwer verständliche Indexklauseln und unübersichtliche Jahresabrechnungen) festigen die Stellung der Platzhirsche.

Während in vielen europäischen Ländern die gesunkenen Großhandelspreise für Gas oder Strom schon länger bei den Kund:innen angekommen sind, ist das in Österreich **zu zögerlich** passiert. Insbesondere Bestandskund:innen profitierten kaum – alternative Anbieter senkten ihre Tarife im Frühjahr 2023 deutlich schneller als die örtlichen Versorger.

Die Inflationsrate bei Strom, Gas und anderen Energieträgern ist in Österreich besonders hoch

Inflationsrate seit Jänner 2021, in Prozent



Quelle: Inflationsmonitor IHS, eigene Berechnungen.

Insgesamt führen mangelnder Konkurrenzdruck und strukturelle Verflechtungen zu überhöhten Energiepreisen für Haushalte und Betriebe in Österreich. Mit dem Auslaufen der Stromkostenbremse und anderer temporärer Subventionen hat Österreich jedenfalls wieder mit die höchste Teuerung im Energiebereich in Europa.

2. Überholungsbedürftige Infrastruktur und Netzausbau:

Die Strom- und Gasnetze bilden das Rückgrat der Energieversorgung, doch hier besteht erheblicher Aufhol- und Reformbedarf. Der Infrastrukturausbau liegt deutlich unter dem erforderlichen Niveau. Besonders im **Stromnetz** drohen Engpässe: Die dezentrale Einspeisung aus neuen PV-Anlagen stößt an Grenzen, weil die Verteilnetze nicht ausreichend für Lastflüsse ausgelegt sind, die in beide Richtungen gehen. Wenn aus Energiekonsument:innen auch -produzent:innen werden, erfordert das neue Netzkapazität.

Dazu kommen aber hausgemachte Ineffizienzen: **130 (!) verschiedene Verteilnetzbetreiber** managen die Stromversorgung in Österreich – mehr Betreiber als in Frankreich⁴ und damit eine extrem fragmentierte Struktur, die Effizienz und Koordination erschwert.

Viele dieser lokalen Netzbetreiber (etwa kleine Stadtwerke) sind mit der notwendigen Digitalisierung und Modernisierung überfordert. Die aktuellen Netzausbaupläne gelten als veraltet und teils überdimensioniert; sie orientieren sich oft noch an zentralen Kraftwerksstrukturen statt an einem dezentralen erneuerbaren Energiesystem.

Hinzu kommen **langwierige Genehmigungsverfahren**, die neue Projekte ausbremsen. Beispielsweise kann es bei größeren Stromleitungen heute fünf bis acht Jahre von der Planung bis zur Genehmigung dauern. Solche Verzögerungen sind kritisch, da Österreichs Strombedarf bis 2040 voraussichtlich stark steigt und gleichzeitig viele fossile Anlagen ersetzt werden müssen.

Oberösterreich spürt diese Probleme bereits deutlich: Besonders in ländlichen Regionen besteht Sorge, dass ohne Kapazitätserweiterungen größere Erneuerbaren-Projekte nicht ans Netz gehen können. Fehlende Netzkapazitäten treiben auch die Kosten: So musste in der Vergangenheit Ökostrom mangels Abnahme zeitweise abgeregelt werden, oder es musste teurer Ausgleichsstrom importiert werden – Kosten, die letztlich die Verbraucher:innen schultern.

Insgesamt zeigt sich ein klarer **Investitionsrückstau**: Wichtige Investitionen in Netzinfrastruktur, Speicher und moderne Steuerungstechnik wurden zu lange hinausgezögert. Diese Versäumnisse gefährden die effiziente und kostengünstige Transformation des Energiesystems und damit auch die Versorgungssicherheit.

⁴ Vgl. Bruegel: <https://www.bruegel.org/policy-brief/upgrading-europes-electricity-grid-about-more-just-money>.

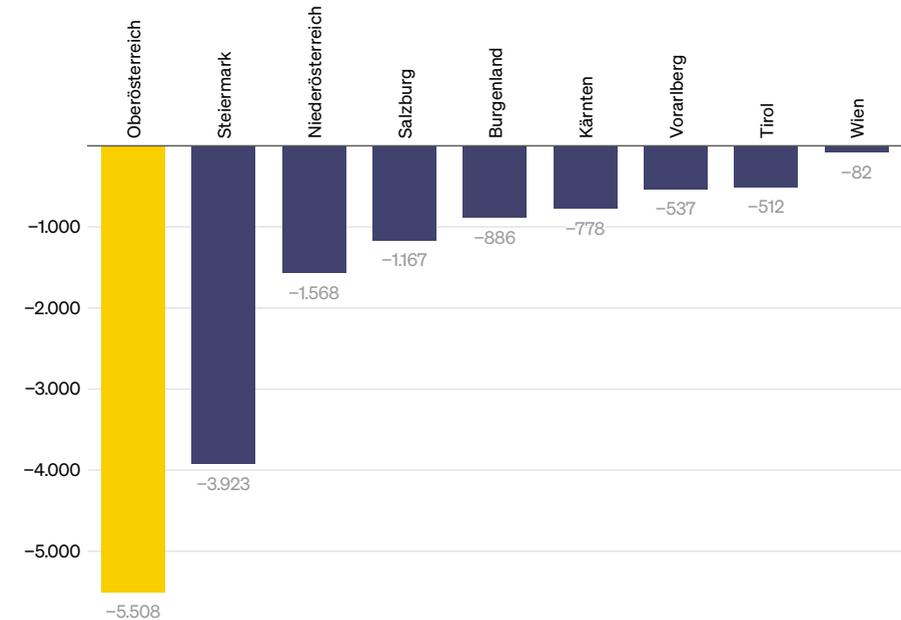
3. Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich:

Die genannten Defizite – hohe Energiepreise und infrastrukturelle Schwächen – treffen Oberösterreich in besonderem Maße. Als **industrielle Kernregion** (mit großen energieintensiven Betrieben in Stahl, Chemie, Papier, Maschinenbau usw.) ist Oberösterreich darauf angewiesen, im internationalen Kostenvergleich mitzuhalten. Doch die überhöhten Energiekosten setzen den Standort erheblich unter Druck: Die Warnungen vor einer „Deindustrialisierung“ sind nicht übertrieben. Österreichs produzierender Sektor befindet sich aktuell in einer angespannten Lage, nach drei Rezessionsjahren; die anhaltend hohen Strom- und Gaspreise wirken dabei wie ein Brandbeschleuniger. Laut Wirtschaftskammer sehen 46 Prozent der heimischen KMU die Energiekosten als größtes Wachstumshemmnis (noch vor Inflation oder Fachkräftemangel).

Versorgungssicherheit ist ein weiterer kritischer Faktor: Die Gaskrise 2022/23 hat schmerzhaft vor Augen geführt, wie verwundbar ein Energiesystem geopolitisch sein kann. Oberösterreich – mit seinem hohen Gasverbrauch in Industrie und Wärmeversorgung – war dabei auf gefüllte Speicher und alternative Bezugsquellen angewiesen. Die Lehre daraus ist eindeutig: Diversifizierung und robuste Infrastruktur sind entscheidend, um Krisen zu überstehen. Gleichzeitig gibt es kein „Zurück in die Vergangenheit“, in der vermeintlich sicheres russisches Gas dafür sorgt, dass die Energiepolitik bei Netzausbau oder Erneuerbarenproduktion zuwarten kann. Eine planbare, leistbare Energieversorgung ist möglich, wenn die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Genau hier setzt der Reformbedarf an: Oberösterreich braucht jetzt mutige energiepolitische Weichenstellungen, um die Energiewende zum **Erfolg für Wirtschaft und Umwelt** zu machen.

Oberösterreich ist von der Industrierezession besonders stark betroffen

Rückgang der Beschäftigung in der Industrie* von Mai 2024 bis Mai 2025



*) ÖNACE Sektoren C bis E.

Quelle: Amis, Arbeitsmarktdatenbank.

HANDLUNGS- EMPFEHLUNGEN: WAS IST ZU TUN?

Angesichts der analysierten Problemfelder – hohe Preise durch mangelnden Wettbewerb, unzureichende Netzinfrastruktur und die Herausforderung der Klimawende – ist eine Trendwende in der Energiepolitik für Oberösterreich erforderlich.

Kurzfristig gilt es, akute Missstände zu beheben und Entlastung zu schaffen; langfristig braucht es strukturelle Reformen für ein zukunftsfähiges Energiesystem. Welche das sind, ist im Folgenden dargestellt, unterteilt in kurzfristig wirksame Maßnahmen und strategische Reformen:

Kurzfristige Maßnahmen (sofort bis ca. 2–3 Jahre)

- **Energiepreise rasch senken:** Um Haushalte und Betriebe kurzfristig zu entlasten, sollte der Staat Strom- und Gaskosten treffsicher abfedern. Konkret kann dies durch steuerliche Maßnahmen (z.B. temporäre Senkung von Energieabgaben), eine Verlängerung vom Stromkosten-Ausgleich für die energieintensive Industrie und eine Reduktion der **Netzentgelte** geschehen. Ziel sollte es sein, die jüngsten Preisexplosionen etwas abzumildern – ohne jedoch wieder falsche Subventionsanreize zu setzen, gerade in Zeiten klammer Budgets. Für energieintensive Industrien sollten befristete **Strompreiskompensationen** geprüft werden, wie sie viele EU-Länder bereits eingeführt haben. Wichtig ist, dass Entlastungen treffsicher und befristet angelegt sind, bis die strukturellen Maßnahmen wirken.
- **Wettbewerb im Energiemarkt stärken:** Um die Preisspirale zu durchbrechen, braucht es mehr Marktdynamik. Der Marktzutritt für alternative Anbieter sollte erleichtert und gefördert werden, z.B. indem auch öffentliche/regionale Versorger überregional tätig werden müssen oder neue Anbieter leichteren Zugang bekommen. Gleichzeitig muss

die **Preistransparenz** verbessert werden – etwa durch verpflichtende **monatliche Stromabrechnungen** auf Basis von Smart Metern, damit Verbraucher:innen Preisänderungen zeitnah wahrnehmen und Angebote vergleichen können. Die meisten Kund:innen wissen derzeit gar nicht, wie viel sie für Strom/Gas zahlen, was einen Wechsel erschwert. Hier kann auch eine Informationskampagne ansetzen, um Konsument:innen über Einspar- und Wechselmöglichkeiten aufzuklären. Die Regulierungsbehörde E-Control und die Wettbewerbsbehörde sollten zudem genauer hinsehen, ob Anbieter sinkende Kosten rasch genug weitergeben. Wenn Österreich die hohen Preisaufläge zum EU-Schnitt wieder senken könnte, würde das einem durchschnittlichen Haushalt rund 320 Euro ersparen. **Wechseln wird sich jedenfalls lohnen**, aber die Regulierungsbehörden sollten auch schärfere Werkzeuge in die Hand bekommen, um gegen missbräuchliche Preisdifferenzierungen vorgehen zu können (z.B. überhöhte Bestandskundentarife). Insgesamt gilt es, durch mehr Wettbewerb den Druck auf die (teil)staatlichen etablierten Versorger zu erhöhen, damit diese effizienz- und kundenorientierter agieren.

- **Rechtlichen Rahmen zügig umsetzen:** Die neuen Energie-Gesetzespakete – insbesondere die EIWG-Novelle (Elektrizitätswirtschaftsgesetz), das Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWG) und das Energieausbaugesetz (EAG) – müssen schnellstmöglich beschlossen und implementiert werden. Darin enthalten sind u.a. Regeln für die Marktöffnung, die Integration von erneuerbarem Gas/Wasserstoff sowie verbindliche Ausbauziele. Die zeitnahe Verabschiedung dieser Gesetze schafft Planungssicherheit für alle, vom Investor bis zum Endkunden, und ermöglicht effizientere Förderprogramme (z.B. für Speicher, Netzausbau). Auch EU-Vorgaben (etwa aus dem Clean Energy Package bzw. aktuellen Notfallmaßnahmen) sollten konsequent in nationales Recht gegossen werden, damit etwa schnellere Genehmigungen für Erneuerbaren-Projekte rechtlich verankert sind.

- **Genehmigungsverfahren beschleunigen:** Um den Ausbau von Netzen und Erneuerbaren nicht jahrelang zu verzögern, müssen Verfahren vereinfacht und digitalisiert werden. Sofort umsetzbar sind etwa One-Stop-Shops für Projektentwickler, verbindliche Maximalfristen für behördliche Schritte und die verstärkte Nutzung von Muster-Gutachten. Die Regierung hat bereits erste Schritte angekündigt – z.B. die Möglichkeit, Teile einer UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung) vorab abzuschließen oder einen bundesweiten Pool an Sachverständigen bereitzustellen. Diese Ansätze gilt es konsequent umzusetzen. Darüber hinaus sollte Oberösterreich prüfen, ob es auf Landesebene **Beschleunigungszonen** ausweisen kann – also vordefinierte Flächen, auf denen z.B. Windparks oder Stromleitungen prioritär genehmigt werden („Go-to-Areas“ analog zur EU-Regelung). Genehmigungen dürfen kein Nadelöhr für die Energiewende bleiben: Klimaschutz-Infrastruktur (Netze, Speicher, Anlagen) muss denselben Stellenwert wie andere vorrangige Infrastrukturprojekte erhalten.
- **Netzengpässe sofort angehen:** Kurzfristig sollte ein „Netz-Kassensturz“ erfolgen – eine systematische Analyse der aktuellen Netzkapazitäten und Engpässe, um prioritäre Verstärkungsmaßnahmen einzuleiten. Wo möglich, sind sofortige Optimierungen umzusetzen: etwa eine bessere Ausnutzung bestehender Netzkapazitäten durch flexible Einspeisemanagement-Systeme. Ein konkreter Vorschlag wäre es, auch bei **Netzanschlussgebühren** Anreize zu geben – d.h. Unternehmen, die sich dort ansiedeln, wo noch Netzreserven bestehen, könnten geringere Gebühren zahlen. Dies schafft Anreize, vorhandene Netzspielräume auszuschöpfen, bevor teurer Netzausbau erfolgt. Ebenfalls kurzfristig realisierbar: eine engere **regionale Abstimmung** der Netzbetreiber untereinander. Hier könnte die E-Control als Koordinator auftreten. Sollte es akut zu Versorgungsengpässen kommen, müssen Notfallpläne (etwa temporäre Abschaltvereinbarungen mit Großverbrauchern) vorbereitet sein, um Blackouts zu vermeiden.

- **Gemeinsamen Energieeinkauf nutzen:** Eine Best Practice, um Kosten zu senken, ist die **Bündelung von Energienachfrage**. Durch gemeinsamen Einkauf können bessere Konditionen verhandelt werden. Auf europäischer Ebene wurde dafür bereits eine EU-Plattform zur gemeinsamen Beschaffung von Gas, LNG und Wasserstoff eingerichtet, welche die Nachfragemacht bündelt und gegenseitiges Überbieten verhindert. Diese Energie-Einkaufsgemeinschaft der EU hat in einer schwierigen Phase geholfen, die Importkosten nicht weiter zu erhöhen. Auch national zeigen Beispiele ihre Wirkung: Oberösterreich könnte solche Modelle fördern, indem z.B. Unternehmens- oder Gemeindecluster gemeinsame Strom- und Gasausschreibungen durchführen. Kurzum: **Gemeinsam handeln, günstiger kaufen**. Dies erhöht die Verhandlungsmacht gegenüber Lieferanten und kann kurzfristig Kostendämpfung bringen.
- **Integrierte Energie-Infrastrukturplanung:** Oberösterreich und der Bund brauchen einen **gesamtösterreichischen Netzausbauplan**, der mindestens das nächste Jahrzehnt Jahre abdeckt, besser sogar noch 15 Jahre. Dieser Plan muss **alle Netzebenen** umfassen – nicht nur die großen Übertragungsleitungen, sondern auch die Verteilnetze bis zum Endkunden. Das Zielbild ist dabei ein dezentrales, digitales und erneuerbares Energiesystem 2040. Dazu gehört nicht nur, den Stromnetzausbau mit dem Ausbau von Erzeugung und Speichern zu synchronisieren, sondern auch internationalen Vorbildern zu folgen und anstehende Infrastrukturprojekte integriert zu planen. Ein sinnvolles Beispiel wäre den Ausbau des WAG-Loops im Mühlviertel gemeinsam mit der geplanten 110KV Leitung umzusetzen und als Erdkabel zu verlegen. Das schafft nicht nur hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung, sondern hält auch die Kosten im Rahmen.

Langfristige Maßnahmen (strategische Reformen bis 2030 und darüber hinaus)

- **Integrierte Energie-Infrastrukturplanung:** Oberösterreich und der Bund brauchen einen gesamtösterreichischen **Netzausbauplan**, der mindestens die nächsten 10–15 Jahre abdeckt. Dieser Plan muss alle Netzebenen umfassen – nicht nur die großen Übertragungsleitungen, sondern explizit auch die Verteilnetze bis zum Endkunden. Unser Zielbild sollte ein dezentrales, digitales und erneuerbares Energiesystem 2040 sein. Dazu gehört, den Stromnetzausbau mit dem Ausbau der Erzeugung **und** von Speichern zu synchronisieren. Beispielsweise sind bis 2030 dutzende neue oder verstärkte **Umspannwerke** nötig, um den zusätzlichen PV- und Windstrom aufzunehmen. Die Planung muss gemeinsam mit den Ländern erfolgen (via 15a-Vereinbarungen) und regelmäßig evaluiert werden. **Kostentransparenz** ist wichtig: Ein „Kassensturz“ im internationalen Vergleich sollte aufzeigen, welche Investitionen (Schätzungen nennen ~50 Mrd. € bis 2040 für Erzeugung, Netze und Speicher) erforderlich sind und wie diese finanziert werden können. Innovative Finanzierungsmodelle – z.B. Beteiligung privaten Kapitals via Green Bonds – können helfen, die öffentliche Hand zu entlasten. Auch neue Technologien (etwa KI-gestützte Netzsteuerung, Lastmanagement, Vehicle-to-Grid) sollten in der Planung berücksichtigt werden, um die vorhandene Infrastruktur maximal effizient zu nutzen.
- **Strukturelle Marktliberalisierung und Professionalisierung:** Um den Wettbewerb nachhaltig zu stärken, sind auch strukturelle Reformen bei den Energieversorgern und Netzbetreibern notwendig. Die **Entflechtung** von Politik und Energieunternehmen sollte vorangetrieben werden – d.h. weniger parteipolitischer Einfluss in Aufsichtsräten der Landesenergieversorger und strengere Compliance-Regeln, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Weiters ist zu prüfen, ob die vielen kleinen Netzbetreiber konsolidiert oder zumindest in gemeinsamen digitalen Plattformen koordiniert werden können, um Skaleneffekte zu erzielen. Andere Länder zeigen, dass weniger fragmentierte Strukturen

effizienter zu managen sind. Langfristig sollte Österreich die vollständige **Entbündelung** (Ownership Unbundling) aller Netzbereiche sicherstellen – Produktion, Vertrieb und Netz müssen klar getrennt sein, wie es EU-rechtlich eigentlich vorgesehen ist. Außerdem könnte eine spezielle **Energie-Marktaufsicht** etabliert werden, die aktiv Monopolmacht begrenzt (z.B. indem sie bei regionalen Versorgern auf Durchleitung von Fremdstrom drängt oder Fusionen kritisch prüft). Für Konsumenten sollte der Anbieterwechsel weiter vereinfacht werden – etwa durch automatisierte Tarif-Vergleichsportale, die jährlich die günstigsten Angebote anzeigen. Langfristiges Ziel: mindestens 10 bis 20 Prozent der Kund:innen sollten pro Jahr den Anbieter wechseln (im europäischen Spitzenfeld liegt man etwa in UK oder BE bei zweistelligen Raten). Dieser **Wettbewerbsdruck** würde die Anbieter zwingen, effizienter zu wirtschaften und Kostenvorteile weiterzugeben.

- **Netzkosten reformieren:** Ein zentraler Hebel für günstigere Energie ist die Senkung der **Netzentgelte**. Die Netzgebühren in Österreich sind vergleichsweise hoch und enthalten viele Fixkosten, die kleine Verbraucher:innen belasten. Hier sollte der Gesetzgeber ansetzen und die Netzentgeltstruktur überarbeiten. Zum einen könnte man die zahlreichen Verteilernetzbetreiber effizienter aufstellen – Österreich hat über 130 Stromverteilnetze, was teure Parallelstrukturen bedeutet. Eine Bündelung oder gemeinsame Abwicklung mancher Aufgaben (etwa ein zentrales Smart-Meter-Datenportal für alle) würde Kosten sparen, die an Kunden weitergegeben werden können. Zum anderen sollten – analog zu Deutschland – **dauerhafte Senkungen** der Netzkosten angestrebt werden. Langfristig sollten Netzentgelte auch **flexibilisiert** werden – etwa zeitvariable Tarife, die niedrigere Gebühren außerhalb von Spitzenlastzeiten bieten sowie die Beteiligung von Einspeisern am Netzausbau. So können Verbraucher:innen durch Lastverlagerung ihre Kosten selbst senken und gleichzeitig das Netz entlastet werden. Zusammengefasst: Eine faire und kostendeckende, aber möglichst **kundenfreundliche Netztarifstruktur** ist ein wichtiger Baustein, um Energie in Oberösterreich günstiger zu machen.

○ **Förderung von Innovation, Speichern und neuen Technologien:** Für dauerhaft leistbare Preise muss Oberösterreich seine Rolle als Technologie- und Innovationsstandort auch im Energiebereich ausbauen. Das bedeutet langfristig: Investitionen in **Energiespeicher** massiv erhöhen und regulatorische Hürden dafür abbauen. Bis 2030 wird ein Speicherbedarf von mehreren TWh in Österreich prognostiziert – hier sind Batteriespeicher oder Pumpspeicher gleichermaßen gefragt. Die regulatorischen Rahmenbedingungen für Speicher gilt es anzupassen (Stichwort: Doppelbelastung von gespeichertem Strom abschaffen, klare Definition von Speichern weder als Erzeuger noch als Verbraucher), damit Speicher wirtschaftlich zur Netzstabilisierung beitragen können. Parallel sollte eine nationale **Kraftwerks- und Backup-Strategie** entwickelt werden: Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit braucht es ausreichend regelbare Leistung für Zeiten ohne Sonne und Wind. Dies könnte Reserve-Gaskraftwerke umfassen, perspektivisch auch Wasserstoff-ready-Turbinen. Apropos **Wasserstoff**: Der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft ist aktiv voranzutreiben – durch Pilotprojekte, Forschungsförderung und den Aufbau einer Transport- und Speicher-Infrastruktur. Oberösterreich mit seiner Stahl- und Chemieindustrie ist prädestiniert, Pilotregion für grünen Wasserstoff zu sein. Durch Innovationsförderung (z.B. Hydrogen Valleys, H2-Campus an der JKU) kann langfristig neue Wertschöpfung entstehen und gleichzeitig die Abhängigkeit von Erdgas sinken. Allgemein sollte Oberösterreich verstärkt auf Energie-Innovation setzen: sei es bei industrieller Abwärmennutzung, bei Carbon Capture (CCU) in Industrieprozessen oder bei der Entwicklung von hocheffizienten Anlagen. Technologieoffenheit und Pioniergeist zahlen sich langfristig aus – sie sparen nicht nur Energie, sondern schaffen auch hochwertige Arbeitsplätze.

○ **Dezentrale Erzeugung und Energiegemeinschaften stärken:** Langfristig wird das Energiesystem deutlich **dezentraler** werden. Energiegemeinschaften, Prosumer-Modelle und lokale Kooperationen müssen daher erleichtert und gefördert werden. Konkret bedeutet das: Abbau bürokratischer Hürden für gemeinsame, lokale Produktion und Nutzung, Vereinfachung von Genehmigungen für gemeinschaftliche PV-Anlagen und Anreize für Gemeinden, erneuerbare Projekte vor Ort umzusetzen. Schon jetzt ist das Interesse groß – seit 2021 wurden in Österreich bereits mehrere tausend **Energiegemeinschaften** gegründet. Schätzungen zufolge nehmen Anfang 2025 rund 100.000 Zählpunkte (Haushalte, Betriebe) an solchen Gemeinschaften teil – das sind etwa 1,5 Prozent aller Stromkunden, Tendenz steigend. Diese lokalen Zusammenschlüsse ermöglichen es Bürger:innen und Unternehmen, Strom gemeinsam zu produzieren und zu nutzen. **Best Practices** zeigen das Potenzial: Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften (EEGs) in Österreich decken derzeit im Schnitt 15–60 Prozent des Jahresstrombedarfs ihrer Mitglieder durch eigene Anlagen. Durch die gemeinschaftliche Nutzung steigt der Eigenverbrauch und damit die Wirtschaftlichkeit der Anlagen – die Teilnehmer:innen sparen dabei Energiekosten, **Netzentgelte und Steuern**, die beim Bezug aus dem öffentlichen Netz anfallen würden. Gleichzeitig werden höhere Netzebenen entlastet, wenn Strom lokal produziert und verbraucht wird. Oberösterreich sollte diese Entwicklung forcieren. Je mehr Verbrauch vor Ort gedeckt wird, desto weniger muss teurer Strom durchs ganze Land transportiert werden. Energiegemeinschaften erhöhen überdies die **Akzeptanz** der Energiewende – Bürger:innen werden von Konsument:innen zum aktiven Teil der Lösung.

○ Europäische Zusammenarbeit und Finanzierung nutzen:

Viele Herausforderungen lassen sich besser im europäischen Verbund lösen. Österreich – und damit OÖ – sollte sich aktiv für eine **Europäische Energiemarktunion** einsetzen, wie es Ökonom:innen fordern. Ein stärker integrierter EU-Energiemarkt mit gemeinsamen Regeln und grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekten kann die Versorgungssicherheit erhöhen und Preisgefälle reduzieren. Konkret sollte Österreich auf EU-Ebene darauf drängen, mehr Mittel für den Ausbau und die Digitalisierung der **Verteilnetze** bereitzustellen – bislang fließen EU-Gelder deutlich stärker für anderes als etwa die Connecting Europe Facility. Dabei wäre sie gerade für Österreich, und speziell auch Oberösterreich, eine große Chance. Als Land mitten im Herzen Europas könnte Österreich besonders vom gemeinsamen Ausbau profitieren. Günstigerer Windstrom aus dem Norden oder günstigerer Sonnenstrom aus dem Süden könnte besonders in der Mitte Europas die Kosten dämpfen. Auch der **grenzüberschreitende Stromhandel** sollte ausgebaut werden: OÖ könnte stärker von flexiblem Import/Export mit Deutschland oder Tschechien profitieren, um Lastspitzen besser auszutariieren. Schließlich sollte die Landespolitik den Schulterschluss mit anderen Industrieregionen in Europa suchen – etwa über Netzwerke wie die „European Clean Industry Alliance“ – um gemeinsam Druck für wettbewerbsfähige Energiepreise zu machen. Energie kennt keine Grenzen: Langfristig profitieren alle, wenn Europa eine koordinierte, solidarische Energiepolitik verfolgt, in der Versorgungssicherheit, **leistbare Preise** und Klimaschutz gemeinsam erreicht werden.

GUTE ENERGIEPOLITIK IST STANDORTPOLITIK

Oberösterreich hat in den vergangenen Jahrzehnten in der Energiepolitik zu oft zu lange zugewartet.

Es kann sich jedoch zu einer **Modellregion** für die gelungene Balance aus wettbewerbsfähigen Energiepreisen, Versorgungssicherheit und Klimaschutz entwickeln. Ohne mutige, tiefgreifende Reformen wird das aber nicht gelingen. Es braucht entschlossenes Handeln – von der Politik (Land und Bund), den Unternehmen und auch den Konsument:innen. Versorgungssicherheit, leistbare Energie und Klimaziele müssen kein Entweder-oder sein. Mit einem dezidierten Reformfahrplan – vom schnellen Schließen gesetzlicher Lücken bis hin zu langfristigen Strukturreformen – kann die Energiepolitik so neu ausgerichtet werden, dass Oberösterreich gestärkt aus der Energiewende hervorgeht. Die vorgeschlagenen Schritte zielen darauf ab, **Transparenz und Wettbewerb** ins Energiesystem zu bringen, die **Infrastruktur zu ertüchtigen** und **Innovationen** zu fördern. Damit Energie in Oberösterreich künftig **sicher, sauber und bezahlbar** ist.

Quellenverzeichnis

ACER (2024): Annual Report on European Energy Regulators –

Tariff Structures and Network Costs. Agency for the Cooperation of Energy Regulators. Brüssel.

Baumgartner J. et al. (2022): Stark steigende Energiepreise –

Optionen für eine Entlastung von Haushalten und Unternehmen.
WIFO Research Briefs 6, WIFO.

Link: <https://ideas.repec.org/p/wfo/rbrief/y2022i6.html>

Berger, J., Köppl-Turyna, M. & Strohner, L. (2023): Auswirkungen der

Energiepreisentwicklungen auf Oberösterreichs Wirtschaft. EcoAustria –
Institut für Wirtschaftsforschung, Wien. Link: https://ecoaustria.ac.at/wp-content/uploads/2023/10/EcoAustria_Studie2023_Energiepreise_WirtschaftOberoesterreich_ers-final.pdf

BMK (2025): Österreichs Energie-Infoportal. Link: <https://energie.gv.at/>

BWB, E-Control (2025): Abschlussbericht der Taskforce der E-Control und

Bundeswettbewerbsbehörde 2023 bis 2025. Bericht. Wien.

Link: https://www.bwb.gv.at/fileadmin/user_upload/PDFs/BWB_E-Control_Abschlussbericht_Taskforce_Strom-_und_Gasmaerkten_23_06_2025.pdf

Köppl-Turyna, M. (2024): Strompreise für Industrie und Gewerbetunden in Europa.

Policy Notes 55, EcoAustria – Institute for Economic Research.

IHS (2025): IHS Preismonitor – Beobachtungen zur Inflation. Dashboard zur

Inflationsentwicklung. Link: <https://inflation.ihs.ac.at/>

WIFO (2025): WIFO-Konjunkturtest Mai 2025.

Link: https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-5998/sk_2025_05_58624698.pdf

NEOSLAB

IMPRESSUM:

NEOS Lab – Das liberale Forum
Am Heumarkt 7/2/1
1030 Wien

In Kooperation mit NEOS Oberösterreich.

Druck: Printpool, Stiftgasse 27, 1070 Wien
Design: Andreas Pohancenik